



Haushalts- und Finanzausschuss

44. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

31. Oktober 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:50 Uhr;

14:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Umsetzung der neuen Bundesbankstruktur und Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen	1
Gespräch mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank, Herrn Friedel Fleck	
Präsident Friedel Fleck berichtet dem Ausschuss.	1
Anschließend ergibt sich eine längere Aussprache.	6
Dabei spricht sich der Ausschuss einmütig dafür aus, die regionale Branchenberichterstattung der Hauptverwaltung auch im künftigen Bundesbanksystem beizubehalten.	

*) Vertraulicher Teil s. Vertr. APr 13/15

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)** 10
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150 (1. Ergänzung)
Erste Beratung aller Einzelpläne und Beratung der 1. Ergänzung der Landesregierung
- MDgt Dr. Berg (FM) trägt Erläuterungen zur 1. Ergänzung vor. 10
- Anschließend debattiert der Ausschuss Fragen zur 1. Ergänzung und zur Steuereinnahmeentwicklung. 12
- 3 Aktuelle Einnahmesituation bei der Körperschaftsteuer** 16
- Bericht des Finanzministeriums
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Finanzminister Peer Steinbrück entgegen, an den sich eine kurze Aussprache anschließt.
- 4 Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußballweltmeisterschaft Deutschland 2006** 18
- Antrag der Landesregierung
Drucksache 13/2822
- Nach kurzer Erörterung wird Einvernehmen erzielt, seitens des Haushalts- und Finanzausschusses keine Initiative zur Wiederaufnahme der Beratung zu ergreifen.

5 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Vergnügungssteuer 19

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2966

Vorlage 13/1681

Zuschriften 13/2178, 13/2180 und 13/2200

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf abschließend. Er **verzichtet** einvernehmlich darauf, gegenüber dem federführenden Ausschuss eine **Empfehlung auszusprechen**.

6 Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin in der Justiz weiter verbessern 20

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1542

In Verbindung damit:

Justizkompetenzzentrum

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1583 - Neudruck

Vorlagen 13/1385 und 13/1744

Entsprechend dem Votum des Unterausschusses "Personal" **entscheidet** der Ausschuss einmütig, über den Antrag **nicht abzustimmen**. Er empfiehlt, die weitere Beratung im Rechtsausschuss zu führen.

**7 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
hier: 32. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFüG)** 21

Vorlage 13/1540

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

8 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/2377 und 13/2969 (Zwischenbericht)

Zuschriften 13/1692, 13/1756, 13/1834, 13/1865, 13/1893, 13/1911, 13/1912, 13/1942, 13/1947, 13/1969 und 13/1984

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs. Über ein Votum will er erst nach der nächsten Beratung des Kulturausschusses entscheiden.

9 Zweites Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - 2. EuroEG-NRW) 22

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3016

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag einstimmig, dem Gesetzentwurf **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Manfred Palmén (CDU)

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW) 23

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706

APr 13/637

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf.

Der **Antrag**, die Abstimmung auf den 14.11.2002 zu **vertagen**, wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP und einer Stimme der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei einer Enthaltung der Fraktion der Grünen **angenommen**.

- 11 Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik -
Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltseentwicklungen ein-
setzen** 25

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2645

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung eines **Experten-
gesprächs am 6. Februar 2003**. Über die einzuladenden Sachverständi-
gen und die Fragestellungen soll am 14. November 2002 entschieden
werden.

- 12 Das Gesetz zur Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW
(BLBG) einer kritischen Prüfung unterziehen** 26

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2282

In Verbindung damit:

**Autonomie ernst nehmen - Nordrhein-Westfälische Hochschulen aus der
Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebs entlassen!**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2290

Vorlagen 13/1610 und 13/1748

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags

Der Ausschuss beschließt ebenfalls einstimmig, am **13. März 2003** ge-
meinsam mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Forschung ein **Exper-
tengespräch** durchzuführen und dazu die von den Fraktionen vorge-
schlagenen neun Sachverständigen hinzuzuziehen.

Der Ansatz der CDU-Fraktion sei, die Existenzbedrohung, die in den nächsten Jahren für die kommunalen Museen eintreten werde, dadurch wegzunehmen, dass Anreize für private Stiftungen gegeben würden. Im Bundestag habe in der vergangenen Legislaturperiode eine auf Initiative von Rot-Grün eingerichtete Enquetekommission Verbesserungen des Gemeinnützigkeitsrechts - und nicht etwa seine Abschaffung, wie sie heute diskutiert werde - empfohlen.

Wenn der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abgelehnt werde, habe er die Sorge, dass bei der finanziellen Existenzkrise der Kommunen, die sich in den nächsten Jahren noch deutlich verschärfen werde, viele kommunale Museen nicht erhalten werden könnten. Er bitte deshalb die Koalitionsfraktionen, das anders zu sehen als im Ausschuss für Kommunalpolitik, wo dieser Gesetzentwurf bereits abgelehnt worden sei.

Vorsitzender Volkmar Klein bemerkt, er habe inzwischen erfahren, dass der Kulturausschuss bei seiner gestrigen Beratung beschlossen habe, den Gesetzentwurf noch nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 27. November abschließend zu beraten, sondern weitere Beratungsunterlagen abzuwarten und die Anhörung noch genauer auszuwerten, sodass der Haushalts- und Finanzausschuss heute noch nicht votieren müsse.

Mit seinem Vorschlag, zunächst abzuwarten, was der Kulturausschuss nach seiner nächsten Sitzung mitteile, ist der **Ausschuss** einverstanden.

9 Zweites Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - 2. EuroEG-NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3016

Der Gesetzentwurf, bemerkt der **Vorsitzende**, sei am 9. Oktober 2002 an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden.

Manfred Palmen (CDU) erklärt, seine Fraktion sei mit den im Gesetzentwurf vorgesehenen Anpassungen einverstanden.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag ohne weitere Aussprache einstimmig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, und benennt Manfred Palmen (CDU) als Berichterstatter.

Aufbauorganisation

(seit 30. April 2002)

Vorstand (8 Mitglieder)

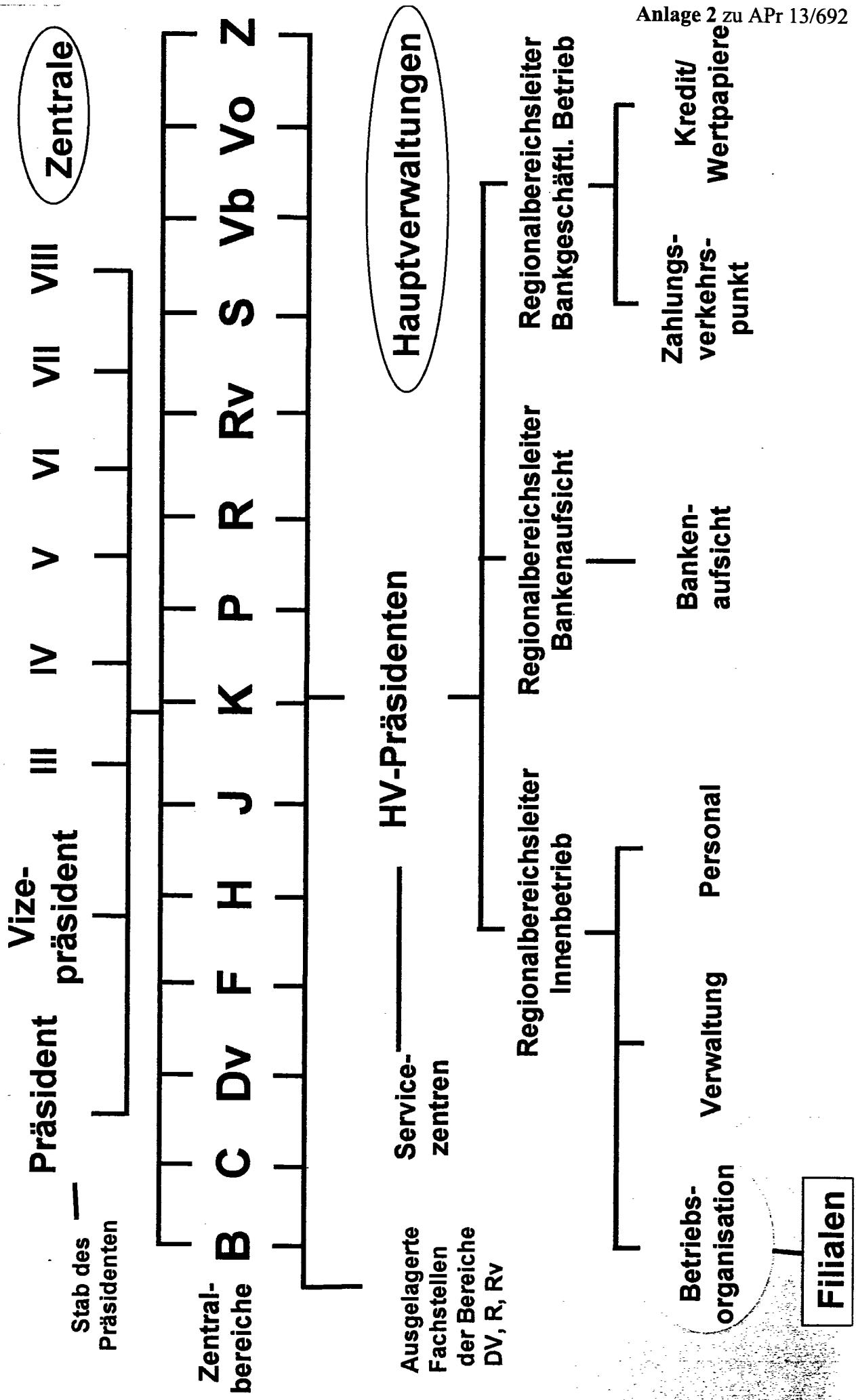
Präsident, Vizepräsident,
2 weitere Mitglieder
(Bestellung durch den
Bundespräsidenten auf
Vorschlag der Bundes-
regierung)

4 weitere Mitglieder
(Bestellung durch den
Bundespräsidenten auf
Vorschlag des Bundesrates
im Einvernehmen mit der
Bundesregierung)

9 Hauptverwaltungen
Leitung durch den Präsidenten der Hauptverwaltung
(Präsident untersteht dem Vorstand)

118 Filialen
(Filialen unterstehen der zuständigen Hauptverwaltung)

Aufbauorganisation



Aufgabenverteilung zwischen

Vorstand / Zentrale

- ➔ Leitung und Verwaltung der Gesamtbank
- ➔ Grundsatzfähigkeiten
- ➔ Zentrale Aufgaben wie Auslandsgeschäft, Geschäfte mit dem Bund und seinen Sondervermögen sowie mit Kreditinstituten mit Sonderaufgaben

Hauptverwaltungen

- ➔ Ausführende Tätigkeiten

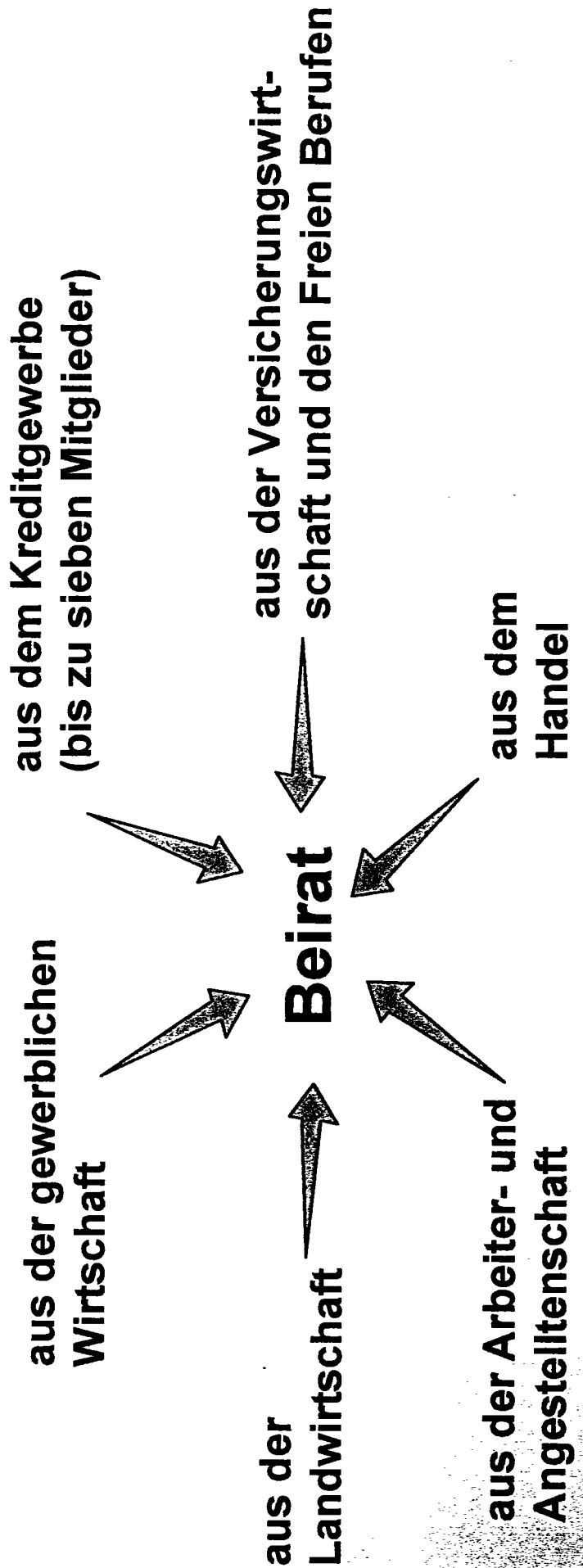
Filialen

- ➔ Abwicklung des operativen Bankgeschäftes, z.B.
 - barer/ unbarer Zahlungsverkehr
 - Kontoführung
 - Refinanzierung



Beiräte bei den Hauptverwaltungen

Die Mitglieder des Beirates beraten mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung über die Durchführung der in seinem Bereich anfallenden Arbeiten. Die Bank pflegt so den laufenden Kontakt mit dem Kreditgewerbe und der kreditnehmenden Wirtschaft. Die bis zu 14 Mitglieder werden vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank auf Vorschlag der jeweiligen Landesregierung berufen.



Vorstandsbeschlüsse zur künftigen Filialstruktur

Alle 46 vormaligen Zweigstellen werden mit Ablauf des 31. März 2003 in Betriebsstellen umgewandelt und sind innerhalb von fünf Jahren bis spätestens zum 30. April 2007 zu schließen.

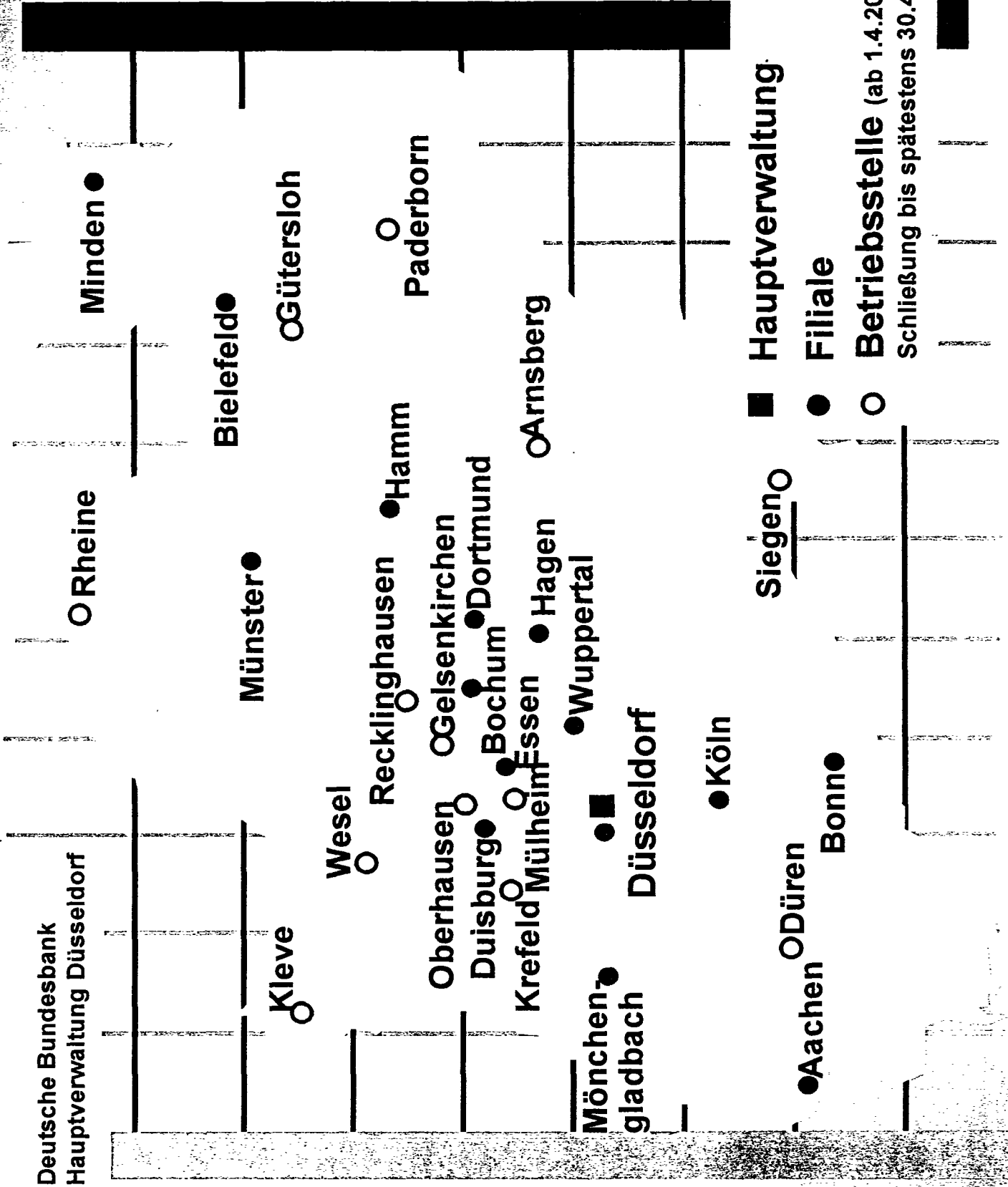
Schließungstermine

31. März 2003:	20 Filialen (8 in NRW)
2004:	7 Betriebsstellen
2005:	5 Betriebsstellen
2006:	5 Betriebsstellen
2007:	9 Betriebsstellen

Bis 2007 wird die Anzahl der Filialen von derzeit 118 auf rund 60 halbiert.

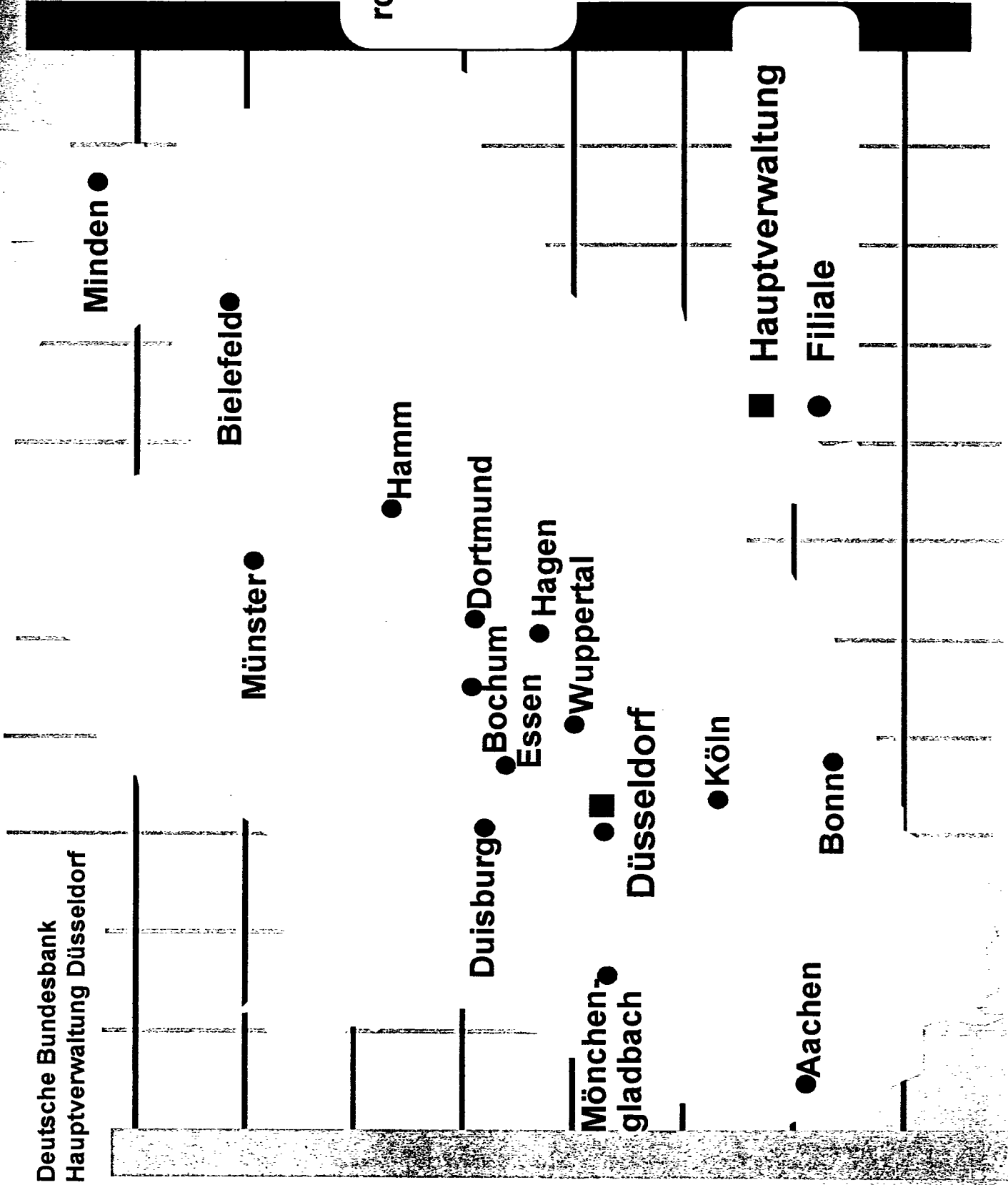
heute

118 Filialen
im Bundes-
gebiet,
darunter
28 in NRW

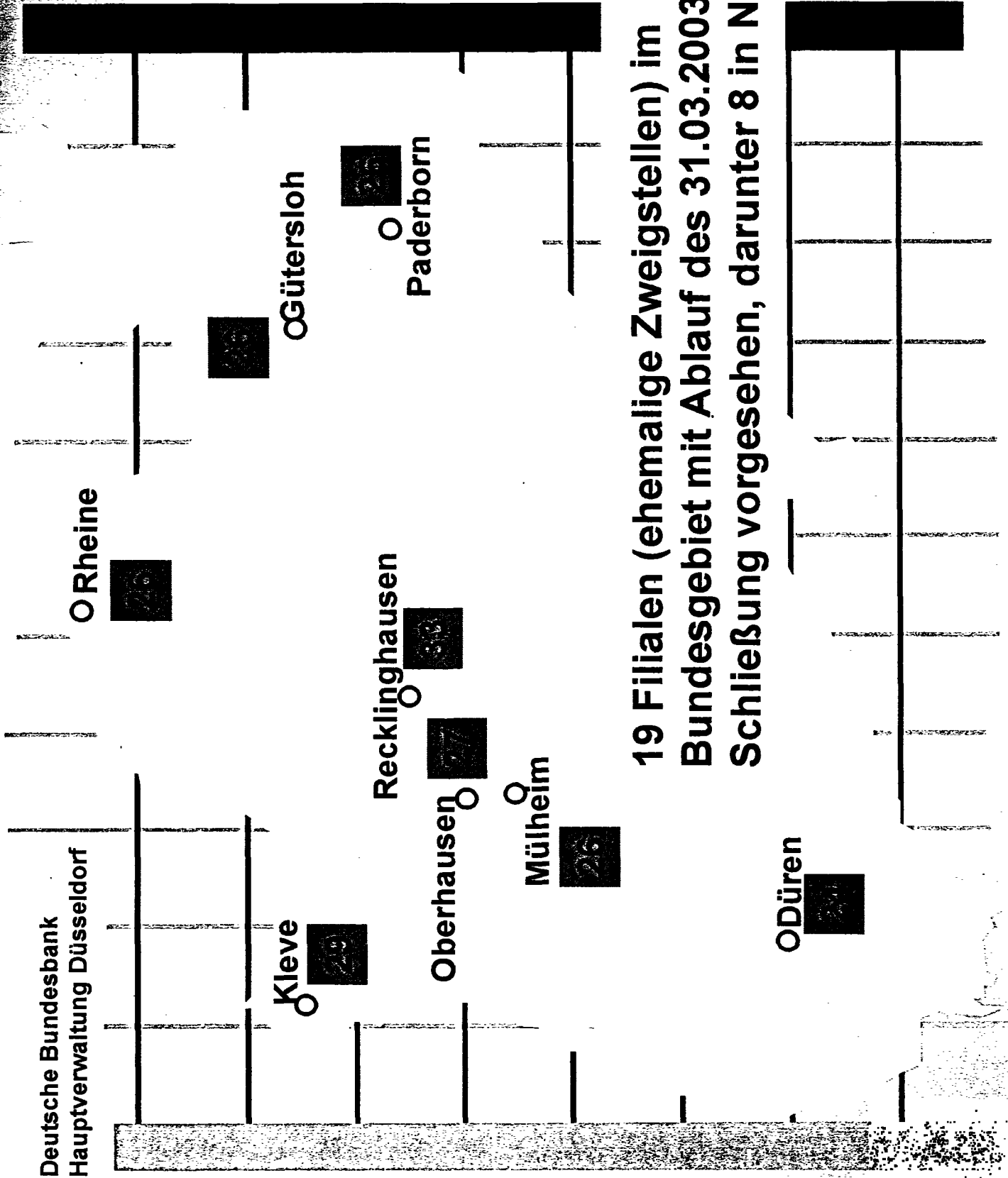


2007

rd. 60 Filialen
im Bundes-
gebiet,
darunter
15 in NRW



2003



19 Filialen (ehemalige Zweigstellen) im Bundesgebiet mit Ablauf des 31.03.2003 zur Schließung vorgesehen, darunter 8 in NRW

Übersicht über die Einrichtung von Servicezentren

Deutsche Bundesbank
Hauptverwaltung Düsseldorf

Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg
<ul style="list-style-type: none"> • Beihilfearbeitung (P) • Darlehensbearbeitung (P) • Reise-/Umzugskosten/Trennungsgeld (P) 	<ul style="list-style-type: none"> • Organisationsuntersuchungen HV, Filialen und Servicezentren (C) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) • ZVP/EMZ-Betrieb (Z) • Projekte unbarer Zahlungsverkehr/Kontoführung (Z) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb(Kernteam, Tenderabwicklung sowie Führung der Dispositions- und Pfanddepots) (K) • Beschaffungen (Vb) • Zentrale Wertpapierabwicklung und Depot (Z) 	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsaufbereitung für die Kostenrechnung und Leistungsrechnung/Bezugsstatistik (C) • Buchhaltung des Verwaltungsbereichs, Anlagenbuchhaltung, Stammdatenpflege (C)
Hannover	Mainz	München	Stuttgart
<ul style="list-style-type: none"> • Systembetreuung (Fachseitige Betreuung geldpolitischer Verfahren) (K) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) • Bau ab 1 Mio. Euro (Vb) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bargeldlogistik (einschl. Sb-Notenbearbeitung) (H) • Antragsbearbeitung (H) • Außenwirtschaftsmeldungen (S) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) 	<ul style="list-style-type: none"> • Automatisierung der Geldbearbeitung (einschl. First Level Support und Videotechnik) (H) • Embargomaßnahmen (R) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kaufmännische Wohnungswartung (Vb)

Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Personalbestand am 15. Oktober 2002:

- Hauptverwaltung Düsseldorf: 904 AK
- 28 Filialen in NRW: 1.871 AK

• Die Anzahl der Mitarbeiter in der Hauptverwaltung Düsseldorf wird sich verringern

• Von den Schließungen der 13 Filialen bzw. Betriebsstellen in NRW sind insgesamt rd. 430 Mitarbeiter betroffen

Personalwirtschaftliche Umsetzung:

- Dauer des Umstrukturierungsprozesses etwa 3 Jahre
- Personalabbau etwa 10%
- Aus heutiger Sicht sozialverträgliche Regelung ohne betriebsbedingte Kündigungen